

sicht auf die japanische Hilfe bei einem eventuellen indischen Aufstand übersteigt die Rücksicht auf die Stimmung in Nordamerika, obwohl das Verhältnis auch zu diesem Staate immer mehr die englischen Staatsmänner mit Sorge erfüllt.

Der Sozialismus in Frankreich.

Die französischen Wahlen haben unserer Partei einen schönen Erfolg gebracht, nicht nur einen Zuwachs an Mandaten, sondern auch, was wichtiger ist, an Wählerstimmen. Die Kleinbauern, Kleinbürger und Arbeiter haben zum großen Teil genug von der radikalen Politik, die nur die Interessen des Großkapitals und der davon abhängigen kleinen Rentiers vertritt. Die letzte Regierungsperiode war völlig unfruchtbar an Reformen, dafür folgten finanzielle Staudale aufeinander in erschreckender Menge: der Anlauf der Westbahn, die Verschleuderung der Kanzaerlager, der Liquidatorenskandal. Die Verachtung für die Politik und für Politiker, die unter allen Klassen zunimmt, ist im Grunde die mit Geld vermischte Verachtung für die unsauberen Geschäfte der Partei der skrupellosen und gerissensten Geschäftspolitiker, der radikalen Partei.

Der Gewinn unserer Partei ist daher in erster Linie ein Symptom dafür, wie sehr das Ansehen der Radikalen im Schwinden begriffen ist. Daher bietet er noch keinen Anlaß zu bedingungslosem Jubel. Der Gewinn der Partei in kleinbürgerlichen Kreisen birgt die Gefahr in sich, daß für die Interessen der Kleinbauern die revolutionären Interessen der Arbeiter zurückgesetzt werden. Ueber die äußere Macht im Parlament darf man die innere Schwäche der Organisation nicht übersehen. Die große Fraktion und die 1.200.000 Stimmen ruhen nur auf dem schmalen Fundamente von 60.000 organisierten Mitgliedern der Partei.

Wer in der ultraparlamentarischen Anschauung befangen ist, daß die Deputierten alles machen und es also nur auf die Wähler ankommt, dem mag ein solches Verhältnis ganz schön erscheinen. Aber sogar vom Standpunkt der reinen Mandatspolitik ist dieser Zustand gefährlich; in vielen Kreisen, wo die Organisation fast völlig fehlt, muß der Abgeordnete sorgsam seine Popularität unter den Wählern hüten und sich von diesem Moment statt durch Prinzipien in seinen politischen Taten bestimmen lassen, will er nicht das nächstemal gestürzt werden. Diese persönliche Wahlkreispolitik ist bekanntlich der Krebsknoten der französischen Politik überhaupt, der vor allem in der radikalen Partei überwuchert.

Diese Politik wurzelt im Wesen der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Klassen. Diese Klassen sind nicht organisiert; sie können Politik nicht selbst als Mittel der Selbsthilfe betreiben. Sie brauchen einen großen mächtigen Mann, der für sie und über sie regiert. Was für ein ganzes Bauernvolk ein absoluter Fürst ist, das ist für den Kanton der Deputierte, ein mächtiger, einflussreicher Mann, der durch seine Verbindung mit der Regierung, als Mitglied der regierenden Clique von Politikern Vorteile für seine Wähler, Stellen und Posten für seine Freunde erwirkt. Alle offiziellen Ehrenposten in Ausschüssen werden mit seinen Kreaturen besetzt, die ihren Einfluß auf seine Wahl geltend machen. Oder er tritt als angefehene einflussreiche Dorfgröße, als Führer der Opposition gegen einen verhassten Regierungslandtagsmann auf. Auch in der friedlichen Erhebung eines Deputierten durch seinen Parteifreund oder seinem Sturz durch den Gegner zeigt sich die Uebereinstimmung mit dem absoluten Fürstentum. Die absolute Stellung des Deputierten, seine Unverantwortlichkeit und seine persönliche Politik ist im Kleinen mit der Stellung des Despoten im großen zu vergleichen. Sie wächst aus der gleichen ökonomischen Wurzel, aus den Lebensverhältnissen der kleinbürgerlichen Klassen, empor.

Ganz anders die Politik der Arbeiterklasse. Hier herrscht die Masse über ihre Vertreter. Hier gebietet nicht der Deputierte nach eigenem Ermessen, sondern die Masse gebietet über die Politiker, und sie kann es, weil sie als Organisation eine eigene Macht darstellt. Weil Organisation das Lebenselement des Proletariats, die Quelle seiner Macht, das Organ seiner Selbsthilfe ist, muß seine Politik diesen ganz andern Charakter tragen, als die der organisationsunfähigen kleinbürgerlichen Klassen. Diesen Charakter muß die sozialistische Partei tragen, weil sie die Arbeiterpartei ist.

Nun ist Frankreich ein kleinbürgerliches Land; die Bauern überwiegen und in den Städten, namentlich auch in Paris, herrscht der Kleinbetrieb; nur einige zusammenhanglose großindustrielle Gegenden sind über das Land verstreut, wo die Arbeiter unmittelbar dem Großkapital gegenüberstehen. Daher mußte der französische Sozialismus sich auch an die kleinbürgerlichen Massen wenden, in diesen Fuß fassen und umgekehrt von dem Charakter der kleinbürgerlichen Politik stark beeinflusst werden. Daher kommt es, daß die Organisation noch so schwach ist, und deshalb ist die parlamentarische Stärke kein Maßstab innerer Kraft. In Frankreich sind viel mehr als hier sozialistische Ideen unter den Massen verbreitet, aber die Kraft, die Macht, die fähig wäre, den Großkapitalismus erfolgreich zu bekämpfen, fehlt. Andre Klassen können dem Sozialismus freundlich gesinnt sein, aber nur die Organisation des Proletariats kann eine Kraft zum revolutionären Umsturz bilden. Sie zu wecken und zu fördern, muß daher das Ziel der parlamentarischen Arbeit der Partei sein. Die Frage, die Jaures in Amsterdam der deutschen Partei stellte: wo sind deine positiven Erfolge?, diese Frage darf man umgekehrt dem französischen Sozialismus stellen: wo sind deine Erfolge, wo sind die starken proletarischen Organisationen, die keine Tätigkeit geschaffen hat? Das ist die üble Folge der reformistischen Taktik, daß sie den Arbeitern den Glauben beibringt, es komme auf die Organisation weniger an, als auf die Deputierten.

Die Schwäche der französischen Arbeiterbewegung liegt auch noch auf andern Gebieten. Was der Praxis der Partei fehlte, die Hervorhebung der proletarischen Organisation mit ausgeprägtem Klassencharakter als bestimmende Macht, hat sich doch unabhängig von ihr aus dem Proletariat entwickelt, aber dadurch zugleich im feindlichen Gegensatz zu ihr. Die Masse der Gewerkschaften ist durch die reformistische Taktik der Partei auf den Weg des parteifeindlichen Syndikalismus gedrängt worden. Die Seite des proletarischen Wesens, die in der Partei vernachlässigt wird, heben die syndikalistischen Gewerkschaften in einschneidender Weise hervor. In ihrem urwüchsigen prole-

tarischen Empfinden, in ihrem gesunden Mißtrauen gegen andre Klassen, in ihrer Zuversicht in die Macht der Organisation, in ihrer Abneigung gegen den französischen Parlamentarismus — einen andern kennen sie nicht und können sie sich nicht denken — steht mehr Sozialismus und Marxismus, als in der reformistischen Politik vieler Parteimitglieder. Aber dieser Sozialismus steht dem Sozialismus der Partei feindlich gegenüber, und diese Feindschaft, die die ganze Bewegung schwächt, verhindert beide Teile, sich zur kräftigen Organisationsmacht zu entwickeln. Wie der Reformismus die politische Organisation schwächt, so der Syndikalismus die gewerkschaftliche Organisation.

Das liegt nicht in erster Linie in seinem Mißtrauen gegen den Parlamentarismus, sondern darin, daß er den Parlamentarismus ersehen und selbst mit seinen gewerkschaftlichen Mitteln den politischen Kampf gegen Regierung und Großkapital führen will. Dadurch muß der eigentliche Gewerkschaftskampf, der allein imstande ist, die Arbeiter zu großen, mächtigen Verbänden zusammenzuschmiegen, vernachlässigt werden, und dadurch bleiben die Verbände kleine, zwar begeisterte und rührige, aber doch machtlose Gruppen. Der Lärm, den sie schlagen, um die Bourgeoisie zu erschrecken, kann über ihre innere Machtlosigkeit nicht hinwegtäuschen. Das trat bei der geplanten Demonstration am schärfsten hervor. Briand wollte bekanntlich kein Blutbad; er wollte bloß der Bourgeoisie zeigen, daß er nur seinen Finger zu bewegen brauchte, um den frechen Böbel zu verschrecken, der den Sonntagspaziergang der aristokratischen Lebewelt zu belästigen wagte. Und die Arbeiter nützten den Hohn des prinzipienlosen Strebers ruhig einstecken; gegen die Macht des Staates waren sie machtlos. Man vergleiche damit die Demonstrationen des deutschen Proletariats, das gegen alle Gewaltmittel des mächtigsten Militärstaates seinen Willen durchsetzte und das Recht auf die Straße eroberte! An diesen Früchten erkennt man den Unterschied zwischen der von unsren Revisionisten so bewunderten französischen und der deutschen Taktik.

Jaures' Lieblingen mit den Syndikalisten bedeutet keine Aufhebung der Kluft zwischen Partei und Gewerkschaften, denn diese Annäherung beruht auf der Anerkennung der völligen Unabhängigkeit von Partei und Gewerkschaft. Dagegen werden die Marxisten, die angeblich „die Gewerkschaften ins Joch der Partei zwingen wollen“, d. h. in Wirklichkeit Parteipolitik und Gewerkschaftskampf als zwei Seiten derselben Bewegung ansehen, die aufs engste zusammenhalten und von demselben Geist beseelt sein müssen, aufs schärfste von beiden Seiten bekämpft.

Der große Fortschritt des marxistischen Sozialismus, die Vereinigung der sozialistischen Ideen mit der Praxis des Klassenkampfes der Arbeiter, besteht für Frankreich noch nicht. Der Sozialismus als abstraktes Ziel der Partei und die in dem Kampf der Gewerkschaften verkörperte praktische Arbeiterbewegung stehen getrennt und in feindlichem Gegensatz zueinander. Darin liegt die bedeutende Schwäche des französischen Sozialismus. Und diese Schwäche kann nicht durch schöne Wahlerfolge wie der eben erzielte, sondern nur allmählich durch die gründliche Aufklärungsarbeit des Marxismus und die dadurch beleuchteten praktischen Erfahrungen des Klassenkampfes gehoben werden.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Eine Mahnung zur Vorsicht richtet der Vorstand des Unternehmerbundes für das Baugewerbe an seine Mitglieder. Veranlaßt wurde diese Mahnung durch die jüngsten Erörterungen in der Presse über die rechtliche Seite der Bauarbeiteraussperrung. Wie wenig der Unternehmerverband selbst von den Deduktionen seines juristischen Beirats überzeugt ist und wie das wieder nur ein Scheinmanöver der Scharfmacher im Baugewerbe ist, dafür liefert ein Rundschreiben des Bundesvorstandes vom 7. d. M. an seine Mitglieder den schlüssigsten Beweis. Das Rundschreiben des Bundesvorstandes nimmt Bezug auf das geheime Rundschreiben vom 30. April d. J. Diesem Rundschreiben waren nämlich einige „Mitteilungen“ angefügt, darunter auch die folgende:

Entwurf eines Beschlusses, der den Baumaterialienhändlern bekannt zu geben ist: „Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu . . . verpflichten sich, von den Lieferanten von Baumaterialien und den Fuhrwerkbesitzern, die während der Dauer der jetzigen Stilllegung der Bauten ohne Genehmigung des . . . Materialien liefern oder Fuhrren ausführen, nach Aufhebung der Sperre auf die Dauer von drei Jahren weder direkt noch indirekt Materialien zu beziehen, noch Fuhrren ausführen zu lassen.“

Dieser „Entwurf“ ist es besonders, dessen Wortlaut den Scharfmachern des Unternehmerbundes Bedenken einflößt und von dem sie Weiterungen befürchten. Die Bundesleitung nimmt daher Veranlassung, ihre Mitglieder in einem Rundschreiben vom 7. Mai auf diesen Entwurf nochmals hinzuweisen mit dem Hinzufügen, daß über die Vorfassung neuerdings einige juristischen Bedenken geäußert haben und es sich daher für die Verbände empfiehlt, auch ihre Rechtsbeistände zu befragen, ob sie den Vorlaut für einwandfrei halten.

Die Bundesleitung, die bisher in ihrem scharfmacherischen Auftreten keinerlei Rücksicht kannte, fängt an, unsicher und in ihren Entschliessungen schwankend zu werden. Das ist bei der gegenwärtigen Situation allerdings kein Wunder. Sie befindet sich in keiner beneidenswerten Lage. Alle ihre Kalkulationen haben sich als unrichtig erwiesen. Die Erwartung, in ein paar Wochen lägen die Gewerkschaften zerstückelt am Boden, hat sich nicht erfüllt. Im eigenen Lager mehrte sich die Zahl der Unzufriedenen. Die Berater des Unternehmerbundes, Vertreter aus den beiden großen Unternehmerzentralen, der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände murren, daß die Aussperrung nicht in einem bedeutend größeren Umfange erfolgt ist. Sie hatten auf eine völlige Stilllegung des Baugewerbes gerechnet. Um sich dieser Vorwürfe des Kartellausschusses, einer aus Vertretern der genannten Zentralen gewählten Körperschaft zu erwehren, muß die Bundesleitung die Zahl der Aussperrten um einige 50.000 höher angeben. Aber auch das befriedigt den Kartellausschuß nicht, er verlangt weitergehende Maßregeln, die eher zum Ziel führen. Bei dieser Sachlage kommt die Bundesleitung arg ins Gedränge. Sie, die zu schledern wähnte, steht sich nun selbst geschoben. Sie hat keine Initiative mehr, sondern ist in ihrem Handeln völlig abhängig von dem Kartellausschuß, der sich auch das Recht

vorbehalten hat, vor einem eventuellen Friedensschluß gehört zu werden. Bei diesem Stand der Dinge ist es durchaus begreiflich, wenn die bevorstehenden Verhandlungen in den Kreisen der beteiligten Arbeiter irgendwelche Hoffnungen nicht auslösen. Wenn nicht Zeichen und Wunder geschehen, dann dürfte mit ziemlicher Gewißheit feststehen, daß sie resultatlos verlaufen werden.

Neue Vermittlungsvorschläge des Reichsamts des Innern.

Der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Dr. Ventler, teilte den Arbeiterverbänden mit, daß seine Einladungen zu Verhandlungen als erledigt zu betrachten seien, da das Reichsamt des Innern zentrale Verhandlungen wieder einleiten will.

Zen Zentralverbänden ist von solchen Verhandlungen bis Freitag abend offiziell noch nichts bekannt; Einladungen sind an sie noch nicht ergangen.

Unterstützung der Ausgesperrten.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes deutscher Gastwirtschaftlichen, Sektion I und II in Leipzig beschloß, von den Kollegen, die sich in fester Stellung befinden, pro Woche 20 Pfg. und von denjenigen, die ausfindigsweltig arbeiten, pro Woche 10 Pfg. für die ausgesperrten Bauarbeiter zu erheben.

Der unparteiliche Rat der Stadt Leipzig.

Man schreibt uns: Bei Besprechung der Interpellation der sozialdemokratischen Stadtverordneten über die Stellung des Rates zu der Fortsetzung der Arbeiten an städtischen Bauten während der Bauarbeiteraussperrung wurde vom Rat erklärt, daß die Bauten infolge des milden Winters weiter gefördert seien, als es die festgesetzten Termine vorschreiben. Diese Erklärung trifft für die Erweiterungsarbeiten der Meyerischen Stützwandhäuser in Leipzig-Kleinshocher, auf die der Rat doch einen wesentlichen Einfluß ausüben kann, keineswegs zu. Bei diesen Bauten werden die vorgeschriebenen Termine nicht eingehalten. Die Gebäude sollen am 1. Oktober bezogen werden, dürfen aber erst dann in Benutzung genommen werden, wenn sie am 31. Mai unter Dach gebracht sind. Die sämtlichen Gebäude sind erst beim Kellererschloß, so daß gar nicht daran zu denken ist, diese Gebäude bis zum 31. Mai unter Dach zu bringen. Die Stellung des Rates ist hier keine unparteiliche mehr, sie wird aber erklärlich dadurch, daß Varent Pommer als Mitglied der Mandatsdeputation des Rates seine Arbeiter ebenfalls ausgesperrt hat. . . .

In Leipzig herrscht für die arbeitende Bevölkerung Wohnungsnot; durch allerlei Mittelchen soll Abhilfe geschaffen werden, so weist man z. B. Baugenossenschaften billiges Kreal an, andern wird Kreal in Erbpacht übergeben um den Wohnungsmarkt glücklicher zu gestalten. Dort aber, wo der Rat die Gelegenheit hat, seine Pflicht zu erfüllen, wird diese vernachlässigt. Oder will der Rat der Öffentlichkeit weismachen, es sei unparteilich, wenn er von den Unternehmern die Einhaltung der festgesetzten Termine nicht verlangt? In diesem Falle liegt bestimmte Parteinahme vor. Durch das Verhalten des Rates wird der Zustand des Wohnungsmarktes nicht gebessert.

Gewerkschaftsbewegung.

Keine Rettung.

In Hannover wurde in diesen Tagen ein außerordentlicher Vertretertag des Deutschen Werkmeisterverbandes abgehalten, auf dem es zu heftigen Szenen kam. Dr. Heinz Potthoff, der bisherige Syndikus des Verbandes und im Nebenamt freisinniger Reichstagsabgeordneter, war der Stein des Anstoßes, um ihn gerieten sich die Vertreter der verschiedenen Richtungen innerhalb des Verbandes kräftig in die Haare. Potthoff hatte, unsere Leser sind davon unterrichtet, am 1. Januar d. J. sein Amt als Syndikus des Werkmeisterverbandes niedergelegt, nachdem der Vorsitzende Barthel-Cottbus bei der Tagung der Verwaltungsbehörden einen Antrag auf Entlassung Potthoffs gestellt hatte. Im Ausschussrat fand der Antrag auch mit Stimmenmehrheit Annahme; bei der Abstimmung im Vorstand ergab sich Stimmengleichheit. Unter diesen Umständen hielt Dr. Potthoff es für geraten, selbst seine Entlassung zu nehmen.

Und die Ursache zu diesen Differenzen? Das a l l z u hastige Vorwärtsdrängen Potthoffs auf den neuen Bahnen in das soziale Gebiet, auf denen ein Teil der Verwaltungsmittglieder nicht so rasch und unbedenklich ihm zu folgen vermochten, hat ihm das Genick gebrochen. Wenigstens wird so in einem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung behauptet. Daneben haben allerdings auch persönliche Verhältnisse eine bedeutende Rolle gespielt. Eine 128 Seiten starke Broschüre, enthaltend Stimmen zur Amtsniederlegung Dr. Potthoffs, birgt außerordentlich viel Material. Interessantes Material jedoch nur nach der Richtung, soweit man über die inneren Einrichtungen, den Geist der Mitglieder und den Wert der Organisation Aufschluß begehrt. Es ist eine bunte Mischung von etwas besser bezahlten Proletariern, die sich im Werkmeisterverband zu ihrer „Interessenvertretung“ zusammengeschart haben. Bald hat die eine Richtung Oberwasser, bald die andere. So entstanden, öfter in ganz kurzen Zwischenräumen, ganz entgegengesetzte Beschlüsse; ein fortwährender Kampf zwischen den reaktionären und den mehr fortschrittlichen Elementen war die unausbleibliche Folge. Und unter diese verschieden gearteten Mitglieder Harmonie zu bringen, das sollte die Aufgabe Potthoffs sein. Man darf ihm dabei das Zeugnis ausstellen, daß er mehr Anziehungskraft zu dem mehr fortschrittlichen Teil der Mitglieder hatte und sich dadurch den Haß aller der Reaktionsäre im Verband auf den Hals geladen hat. Diese letzteren witterten mit Recht als Folge der von Potthoff gewünschten zentralen Leitung eine Verbandspolitik, die schärfer als bisher die Betonung der Angelegenheiten hervorgerufen hätte, gegenüber ihrer Richtung, die gewohnt war, sehnlichst ihre Blicke nach den Abfallstücken des Zuckerbrotens vom Tische des Herrn zu lenken. Wie groß die Einsicht manches Werkmeisters von der Lage seines Berufes ist, das kennzeichnet ein Kollege R. in einem Artikel des Jahrgangs über die Entwicklung der Industrie in den letzten 15 Jahren:

Früher gingen Werkmeister und Prinzipal Hand in Hand. Jetzt haben sich die Verhältnisse umgestaltet; der Prinzipal in größeren Betrieben kommt kaum mit dem Meister zusammen, nur durch Mittelspersonen ist er gewohnt, mit ihm zu verkehren. Viele Kollegen haben die Selbstständigkeit im Betriebe verloren. Es ist nicht ihre Schuld, es spricht mit die Macht der Verhältnisse. Technische und kaufmännische Reorganisations der einzelnen Betriebe haben die Machtbefugnisse der Meister beschritten. Er ist nicht mehr der Jahrgewaltige